

ARBEITSMARKT

Experte warnt vor Mindestlohn

Der Arbeitsmarktforscher Klaus F. Zimmermann warnt Union und SPD vor der Einführung eines flächen-deckenden gesetzlichen Mindestlohns. „Solche Vereinbarungen sind die Axt am Reformmodell Deutschland. Sie signalisieren den Verzicht auf eine Vollbeschäftigungsstrategie“, sagt der Direktor des renommierten Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn. Bedenklich sei dabei nicht nur ein politisch bestimmter Mindestlohn von 8,50 Euro, wie er derzeit in den Koalitionsverhandlungen diskutiert wird, sondern auch eine Lohnuntergrenze generell. Dies sei ein ineffizientes Umverteilungsinstrument und brächte „trotz hoher Kosten nicht viel mehr an wirtschaftlicher Gleichheit“, kritisiert Zimmermann. Menschen mit Problemen auf dem Arbeitsmarkt, wie etwa zu geringer Qualifikation oder langer Arbeitslosigkeit, könnten starre Mindestlöhne sogar eher schaden. „Deren Vermittlung wird dann noch schwieriger“, sagt der Ökonom. Die meisten Unternehmen würden die zusätzlichen Kosten ohnehin durch Entlassungen auffangen oder auf die Preise ihrer Produkte schlagen. „Dadurch besteht die Gefahr von steigender Arbeitslosigkeit in Wirtschaftsbereichen auch außerhalb des Mindestlohnssektors“, warnt Zimmermann. Das IZA ist mit rund 1300 Wissenschaftlern weltweit das größte Forschungsnetzwerk der Ökonomie.



KARSTADT

Mieten steigen drastisch

Noch rätseln die Mitarbeiter der Warenhauskette Karstadt, wie es mit dem Unternehmen nach dem Verkauf von 75,1 Prozent der Premium- und Sportgruppe an den österreichischen Unternehmer René Benko weitergeht. Nun herrscht zumindest teilweise Klarheit. Anders als von Karstadt-Eigner Nicolas Berggruen und dem neuen Investor Ende September versprochen, wird der Kaufpreis von 300 Millionen Euro

nicht nur für notwendige Modernisierungen verwendet, sondern zu einem großen Teil an Benko zurückfließen. In zahlreichen Häusern, darunter auch den Luxusfilialen in Berlin, Hamburg und München, die dem Österreicher komplett gehören, sollen die Mieten drastisch steigen. So sollen etwa von den 65 Millionen Euro, die für das Berliner KaDeWe bestimmt sind, bis 2016 allein 35 Millionen Euro für Miet-

KRANKENHÄUSER

Klassenunterschiede bei der Qualität

Patienten sollten bei der Wahl des Krankenhauses für eine Operation extrem kritisch sein. Zu diesem Schluss kommt eine noch unveröffentlichte Studie der Unternehmensberatung Boston Consulting Group (BCG). Darin attestieren die Experten deutschen Kliniken „erhebliche Qualitätsunterschiede“. Demnach ist die Wahrscheinlichkeit, nach einer Hüftimplantation wegen Komplikationen noch einmal unters Messer zu müssen, in schlechteren Kliniken 20-mal so hoch wie in den besten Krankenhäusern für diese Therapie. Bei Gallenblasenentfernungen erhöht sich die Gefahr

einer Zweitoperation im Vergleich zu den Top-Häusern um das Fünffache. Bei Lungenentzündungen steigt das Sterberisiko auf mehr als das Doppelte. Für ihre neue Studie haben die BCG-Gesundheitsexperten Daten der für jedes Krankenhaus gesetzlich vorgeschriebenen Qualitätssicherung ausgewertet. Die Berater empfehlen, diese Angaben patientenfreundlich aufzubereiten und ein „bundesweites Ranking-Portal“ aufzubauen, damit Laien Kliniken besser vergleichen können. Außerdem solle es gesetzlichen Kassen erlaubt werden, für planbare Operationen nur noch mit erfolgreichen Häusern Verträge abzuschließen. Das Thema wird auch bei den Koalitionsverhandlungen eine Rolle spielen. In der neuen Legislaturperiode wollen Union und SPD die Klinikfinanzierung neu regeln. Dabei ist im Gespräch, bei der Honorierung stärker auf die Qualität zu achten.



Mediziner bei Hüftgelenkoperation

JOCHEN TACK / DOC-STOCK